

Volker Stich zu Gast bei der DSTG Bezirkskonferenz Baden

Der bbw Landesvorsitzender Volker Stich nutzte am 25. Oktober die Gelegenheit, um am ersten Tag der DSTG Bezirkskonferenz Baden vor den Ortsverbandsvorsitzenden, der Frauenvertretung und den Vertretern der Jugend Rede und Antwort zu stehen. Er war dabei sichtlich bemüht, die Irritationen, die es gerade unter den Mitgliedern der DSTG in den letzten Tagen und Wochen gab und gibt, aus der Welt zu schaffen.

Die Tatsache, dass es einen erheblichen Erklärungsbedarf gab, machte Markus Scholl (Vorsitzender DSTG BV Baden) bereits in seiner Begrüßung deutlich. Schließlich sei die Ausbildung im gehobenen Dienst mit der Ausbildung der Lehrer für die Grund-, Haupt- und Realschulen hinsichtlich Anspruch und Dauer vergleichbar. Die Besoldung spiegelt dies aber dauerhaft nicht wider, selbst wenn man dieser Gruppe eine höhere Anfangsbesoldung auf Grund des selbst finanzierten Studiums zubillige.

In der DSTG sind viele Mitglieder in den mittleren Besoldungsstufen. Da seien manche Kürzungsvorschläge, die angeblich vom bbw stammen sollen, nicht mehr nachvollziehbar oder gar verständlich.

Volker Stich begann seine Ausführungen mit einer Chronologie der Entwicklung. Er ging dafür in den September zurück. Die Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden der Grünen (am 19.09. mit Frau Sitzmann) und der SPD (21.09. Herr Schmiedel) seien in noch entspannter Atmosphäre geführt worden.

Schließlich verkündete aber die Landesregierung, dass sie für das Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt anstrebe. Hierzu fehlen 350 bis 380 Millionen €. Die Beamtenschaft soll dazu einen Beitrag in Höhe von 150 Millionen € erbringen.

Daraufhin gab es am 28.09. eine außerordentliche Landesvorstandssitzung des bbw zur möglichen Strategie. Es stand die Frage im Raum, ob der bbw alle weiteren Gespräche zu Sparmaßnahmen ablehnen solle. Das Gremium lehnte ein solches Vorgehen ab. Die bbw Spitze soll in Verhandlungen eintreten und versuchen, das Schlimmste zu verhindern.

Dabei wurde auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre gesetzt. Gerade der Beamtenbund werde in der Öffentlichkeit als Gesprächspartner wahrgenommen – auch bei anderen Themen als dem Beamtenbereich (z.B. Stuttgart 21). Hier sei man deutlich weiter als die Konkurrenz, die zwar gerne viel Staub aufwirbelt, aber hinterher mit leeren Händen dastünde.

Beim Gespräch mit dem Ministerpräsidenten kam dann eindeutig zum Ausdruck, dass er sparen will. Herr Kretschmann könne sich einen Einmalbetrag im Jahr 2012 (z.B. Verschiebung der Besoldungsanpassung o.ä.) vorstellen. Weitergehende strukturelle Eingriffe sollen dann später im Dialog mit dem bbw erfolgen – was auch immer das im Einzelnen bedeuten würde.

Hierzu passen die aktuellen Stellen-Wünsche der Ministerien überhaupt nicht, die sich zurzeit auf 200 zusätzliche Stellen für das Jahr 2012 aufsummieren.

Irritierend ist in diesem Zusammenhang, dass gleichzeitig Unsummen ausgegeben werden (eine kleine Auswahl: 500 Mio. als Rücklage für den Sanierungsstau, 250 Mio. für die Abschaffung der Studiengebühren, bereits jetzt 160 neue Stellen in den Ministerien, 800 Mio. für den beabsichtigten Ausstieg aus Stuttgart 21 [event. auch 1,2 bis 1,5 Mrd.], 400 Mio. für die Kapitalaufstockung EnBW usw.) und die Steuerquellen weiterhin sprudeln (1 Milliarde € Steuermehreinnahmen im Jahr 2011).

Durch gute Kontakte ins Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (MFW) ist man in den letzten Wochen an Informationen gekommen, die der bbw unter der Überschrift „Giffliste“ zusammengefasst hat (s.u.). Auch hier zeigt es sich, dass man mit Gesprächen manchmal mehr erreicht, als mit einer totalen Verweigerung.

Die Existenz dieser Liste wurde vom MFW bisher nicht offiziell bestätigt. Sie wurde aber auch nicht dementiert – was im politischen Geschäft einer Bestätigung gleich kommt.

Dabei mag eine Absenkung des Beihilfeanspruchs für Pensionäre zunächst harmlos klingen. Dies hätte aber (je nach Alter der Betroffenen) unter Umständen eine Verdoppelung (!) der Versicherungsbeiträge zur Folge.

Der falsche Ton der vergangenen Tage kam am Mittwoch, den 18.10.2011, durch eine Meldung in der StZ auf. Hier wurde getitelt: „Beamtenbund geht auf Grün-Rot zu und stellt Bedingungen für Sparpaket.“ Danach ging das Rauschen im Blätterwald los.

Diese Meldung sei deutlich verkürzt und verfälsche den Standpunkt des bbw. Man habe durch eine Presse-Info vom 19.10. versucht, dem Eindruck des vorausseilenden Gehorsams und dem angeblichen Anbieten von Kürzungen entgegenzuwirken.

Je länger nun die Zusammenarbeit mit den Grünen dauere, umso mehr komme man zur Erkenntnis, dass diese Zusammenarbeit sehr mühsam wird. Volker Stich wies darauf hin, dass gerade die Grünen die Beihilfe-Sätze absenken wollen. Hier sei man aber an eine Grenze gekommen, an der nun das BVerfG entscheiden müsse, wenn es darauf ankäme. Dabei gäbe es bereits heute Urteile, die bestätigen, dass Eingriffe in die Besoldung und Versorgung lediglich mit dem Hinweis auf die Haushaltslage unzulässig seien. Es müssen andere Gründe für diese Maßnahmen vorliegen.

Ebenso sieht die Ärzteschaft Probleme auf sich zukommen und sucht das Gespräch mit dem bbw. Schließlich bringen die 10% Privatpatienten einer Praxis (davon die Hälfte Beamte) rund 30% der gesamten Praxiseinnahmen. Sollte also die Beihilfe deutlich eingeschränkt (z.B. durch eine Absenkung des Vervielfältigers von 2,3 auf 1,8) oder eine Bürgerversicherung eingeführt werden (großes Projekt von SPD und Bündnis 90/Die Grünen), wären die Ärzte ebenfalls erheblich betroffen.

Ab dem 26.10. gibt es zum weiteren Vorgehen des bbw eine Befragung auf der Internetseite des bbw (www.bbww.dbb.de), zu der jeder aufgerufen ist, teilzunehmen. Die Seite ist noch bis zum 10.11. freigeschaltet.

Abschließend warb Volker Stich für seine Strategie der konstruktiven Zusammenarbeit, da es immer ein Ausloten sei. Man müsse einen Kompromiss finden zwischen Gesprächen, Gesprächsbereitschaft und Härte.

Markus Scholl fasste die anschließende Diskussion in folgenden drei Punkten zusammen:

1. Die Ortsverbände müssen die Abgeordneten ansprechen, um auf die Situation der Beamten und die Folgen von Eingriffen aufmerksam zu machen.
2. Die Schmerzgrenzen wurden zwischenzeitlich gerade im Hinblick auf KONSENS I und ELStAM nachhaltig überschritten.
3. Gespräche sind immer gut – man sollte aber mit kleineren Kürzungsvorschlägen, die wiederum größere Kürzungen verhindern sollen, nicht offensiv vortreten. Das kann von der Presse falsch verstanden und veröffentlicht werden. Damit sollte man nun ausreichende Erfahrungen gesammelt haben.



Hintergrundinformationen zur aktuellen Debatte um den grün-roten-Sparangriff:

- Die „Giftliste“ des MFW -

(vgl. auch Stuttgarter Nachrichten vom 21.10.2011)

- Weitere **Stellenkürzungen**: abgewehrt!
- Wegfall eines Betrags in Höhe des früheren „Weihnachtsgelds“ für Pensionäre (30 %) in fünf Tranchen
 - Einsparvolumen 18 Mio. Euro pro Jahr; am Ende 90 Mio. Euro
 - Verlust: 2,8 %.
- Schrittweise **Absenkung des Versorgungsniveaus** um 5,22 % bis 2020
 - Einsparvolumen: 13 Mio. Euro pro Jahr; am Ende 190 Mio. Euro
 - Verlust: 5,2 %.
- Schnellere Anhebung der **Pensionsaltersgrenze**
 - Einsparvolumen 28 Mio. Euro
- Absenkung des **Beihilfebemessungssatzes für Ehepartner** von 70 auf 60 %
 - Einsparvolumen: 22 Mio. Euro
- Absenkung des **Beihilfebemessungssatzes für Beihilfeberechtigte mit zwei Kindern** auf 50 %, bei Beihilfeberechtigten mit drei oder mehr Kindern Absenkung des Beihilfebemessungssatzes auf 50 % bei Wegfall auf ein Kind
 - Einsparvolumen: 35 Mio. Euro pro Jahr
- Absenkung des **Beihilfebemessungssatzes für Pensionäre** von 70 auf 60 %
 - Einsparvolumen: 80 Mio. Euro pro Jahr
 - Verlust: 6 %.
- **Besoldungserhöhungen ohne Pensionäre**
 - Einsparvolumen 2012: 40 Mio. Euro
- **Wegfall der linearen Anpassung** von Besoldung und Versorgung in Höhe von 1,2 % im Jahr 2012
 - Einsparvolumen 2012: 200 Mio. Euro.